

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (19. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Jürgen Klimke, Klaus Brähmig, Ernst Hinsken,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/2155 –**

Den Fahrradtourismus in Deutschland umfassend fördern

A. Problem

Radfahren dient der Gesundheit, Radfahren nützt der Natur, Radfahren und Fahrradtourismus bringen die deutsche Wirtschaft voran. Im Jahr 2002 haben mehr als zwei Millionen Menschen Urlaub mit dem Rad gemacht, was einen Zuwachs von 12 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Dies stärkt vor allem den Tourismusstandort Deutschland, da etwa die Hälfte der Fahrradtouristen ihren Urlaub im Inland verbringt. Angesichts der Vorteile, die das Radfahren bietet und angesichts der Perspektiven, die sich der deutschen Wirtschaft durch das Ausschöpfen des Potentials des Fahrradtourismus eröffnet, soll Deutschland nach den Vorstellungen der Antragsteller noch fahrradfreundlicher werden.

Die Antragsteller haben dazu einen umfangreichen Forderungskatalog vorgelegt, der zum einen darauf abzielt, Defizite im Forschungs- und Statistikbereich zu beheben. So soll die Bundesregierung aufgefordert werden, in Zusammenarbeit mit der Tourismuswirtschaft Erhebungsparameter über die touristische Wertschöpfung durch den Fahrradtourismus in verschiedenen touristischen Bereichen (Beherbergungsbetriebe, Gastronomie, kulturelle Einrichtungen, Erlebnisangebote) zu erarbeiten, damit der Anteil des Fahrradtourismus am Deutschlandtourismus noch deutlicher hervortritt. Weiter soll die Bundesregierung dafür sorgen, dass der Ausbau überregionaler Radwege und die Wegweisung der Routen vorangebracht werden. Bei den Tourismusorganisationen soll sie darauf hinwirken, dass diese ihr Bewusstsein für die Bedürfnisse der Fahrradtouristen verbessern und geeignete Marketingmaßnahmen entwickeln. Daneben soll sich die Bundesregierung gegenüber der DB AG für eine kundenfreundlichere Fahrradmitnahme einsetzen und eine Ausbreitung des Callbike-Konzepts fördern. Schließlich soll die Bundesregierung ein fahrradfreundlicheres Klima im Verkehrsgeschehen schaffen und den Rechtsrahmen so ausgestalten, dass er ein regelkonformes Verhalten fördert.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/2155 – abzulehnen.

Berlin, den 20. Oktober 2004

Der Ausschuss für Tourismus

Ernst Hinsken
Vorsitzender

Annette Faß
Berichterstatte~~r~~in

Bericht der Abgeordneten Annette Faße

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf Drucksache 15/2155 in seiner 91. Sitzung am 12. Februar 2004 beraten und an den Ausschuss für Tourismus zur federführenden Beratung und an den Sportausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Sportausschuss, der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung hat in seiner 71. Sitzung am 22. September 2004 beschlossen, auf die Abgabe eines Votums zu verzichten.

III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss für Tourismus

Der Ausschuss für Tourismus hat die Vorlage in seiner 47. Sitzung am 29. September 2004 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen. Das Votum stand unter dem Vorbehalt der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat in seiner 56. Sitzung am 20. Oktober 2004 ebenfalls mehrheitlich empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Die Fraktion der SPD führte aus, dass zahlreiche Forderungen entweder schon überholt oder nicht sinnvoll seien. Dies gelte insbesondere für den Ruf nach mehr statistischen Erhebungen. Weitere Statistiken im Bereich des Radtourismus produzieren ein Wust an Bürokratie, der in keinem Verhältnis zum Nutzen stehe. Andere Forderungen des Antrags würden in den Zuständigkeitsbereich der Länder und Kommunen fallen. Das richtige Instrument, um in diesem Verhältnis den Radverkehr zu fördern, sei der von der Bundesregierung am 24. April 2002 beschlossene Nationale Radverkehrsplan. Dem Bund komme in diesem Zusammenhang eine Koordinierungsfunktion zu. Was die Probleme im Zusammenhang mit der Fahrradmitnahme in Fernverkehrszügen der Deutschen Bahn AG angehe, so sei dieses Thema auch in einem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/3467 aufgegriffen. Die DB AG werde aufgefordert, ein Konzept für

die Fahrradmitnahme im Fernverkehr unter Berücksichtigung des ICE vorzulegen. Den Forderungen, die auf eine Erhöhung der Sicherheit für Fahrradfahrer zielten, habe die Bundesregierung insbesondere durch die vorgezogene und ausgeweitete EU-Richtlinie zur Erweiterung des Sichtfelds für LKW zur Vermeidung des „toten Winkels“ Rechnung getragen.

Die Fraktion der CDU/CSU hob hervor, dass der Antrag in seinen Grundaussagen vor allem hinsichtlich der wirtschaftlichen Bedeutung des Fahrradtourismus immer noch aktuell sei, auch wenn er in Detailfragen der Sicherheit zwischenzeitlich überholt sei. Auch die gesundheitlichen Aspekte spielten angesichts der Diskussion der letzten Monate um die Gesundheitsreform und um mehr Selbstverantwortung des Bürgers nach wie vor eine nicht zu unterschätzende Rolle. Schließlich diene das Fahrrad wohl unbestritten in vielfacher Hinsicht den immer aktuellen Belangen des Umweltschutzes. Diese Feststellung würden die Forderungen bezüglich einer erweiterten Statistik eindeutig tragen, denn zur Erstellung zielgruppengerechter Angebote sei es wichtig, mehr über die Bedürfnisse und Motivationen der Fahrradtouristen zu erfahren. Auch die Forderungen nach einem Ausbau des Bundesradroutennetzes, nach Fahrradmitnahme in ICE oder nach Maßnahmen zur Reduzierung von Fahrraddiebstählen seien nach wie vor brisant. Der Antrag sei daher insgesamt zustimmungsfähig.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedauerte, dass man nicht zu einem gemeinsamen Antrag gekommen sei. Die Punkte, die jetzt zu einer Ablehnung führten, wären sicher auszuräumen gewesen. Von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde insbesondere kritisiert, dass zuviel Wert auf Statistik gelegt werde, denn der Radtourismus sei nicht von der Datenlage abhängig, damit er sich positiv entwickle. Die Forderung nach Fahrradmitnahme in ICE-Zügen sei nur insofern abzulehnen, als sie in die unternehmerische Freiheit der Bahn eingreife. Das Ansinnen, ein fahrradfreundliches Klima zu schaffen, das ein Miteinander der Verkehrsteilnehmer und die gegenseitige Rücksichtnahme erleichtere, sei richtig, als Forderung an die Bundesregierung aber überflüssig, da es EU-Vorlagen gebe, die ein entsprechendes Anliegen bereits enthielten.

Die Fraktion der FDP stimmte dem Antrag zu, gab aber in einigen Punkten Bedenken zu Protokoll. So sei es zwar richtig, dass die Ausschilderung von überregionalen Radwegen verbessert werden müsse, die Einwirkung auf die Bundesländer sei jedoch immer ein schwieriges Unterfangen. In der letzten Wahlperiode habe die Fraktion der FDP einen Antrag zur touristischen Beschilderung an Autobahnen gestellt, der zu einem Teilerfolg geführt habe. In der zu diesem Antrag durchgeführten Anhörung sei klar geworden, dass Deutschland ein Konzept für die touristische Beschilderung brauche und dass dies dringend angegangen werden müsse. Insofern sei das Fahrrad nur ein Teilaspekt dieses Problems. Bei den Forderungen nach Schaffung eines fahrradfreundlichen Klimas sowie nach einer Reduzierung der Zahl von Verkehrsdiebstählen durch eine bundesweite Codierung

aller Fahrräder, würden die Möglichkeiten einer Einflussnahme der Bundesregierung sicherlich überschätzt. Im Übrigen gehe der Antrag aber in die richtige Richtung.

Berlin, den 20. Oktober 2004

Annette Faße
Berichterstatte rin

